

5. Oktober 2011

Interpellation

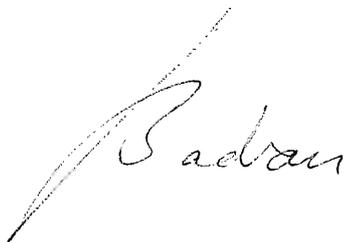
von Jacqueline Badran (SP)
und Rebekka Wyler (SP)

In letzter Zeit wurden krasse Fälle von Lohndumping bekannt. Kürzlich deckten Baustellenkontrolleure beim Möbelhaus Ikea auf, dass ungarische Arbeiter für umgerechnet 5 Franken pro Stunde mit dem Aufbau der Hochregallager beschäftigt wurden. Gemäss Berichten des Seco verdienen 40% der aus dem EU-Raum entsandten Arbeiterinnen und Arbeiter zu wenig und jährlich steigt die Missbrauchsquote an.

Die Stadt Zürich ist eine der grössten Auftraggeberinnen im Tief- und Hochbau in der Schweiz, weshalb ihr eine besondere Bedeutung zukommt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche rechtlichen und vertraglichen Massnahmen ergreift die Stadt, um in ihren Auftragsverhältnissen Lohndumping zu verhindern.
2. Welche Schritte unternimmt sie, um die Durchsetzung der Vertragsvereinbarungen auch bei Subunternehmern und deren Subunternehmen zu kontrollieren?
3. Wie unterstützt der Stadtrat die Arbeitsmarkt-Kontrollstelle des Kantons Zürich (AKZ) und die paritätischen Vollzugsorgane?
4. Sind Fälle von Lohndumping in ihren Auftragsverhältnissen festgestellt worden? Können diese quantifiziert werden?
5. Welche Konsequenzen zieht der Stadtrat in Bezug auf säumige Auftragnehmer resp. deren Subunternehmen?
6. Wie stellt sich der Stadtrat zur Frage der Solidar-Haftung für den Hauptauftragnehmer, bei der Erstauftragnehmer für ihre Subunternehmer bei Lohndumping haften?
7. Wie stellt sich der Stadtrat zu einer allfälligen Kautionspflicht des Hauptauftragnehmers bei grösseren Aufträgen?



Antrag auf dringliche Behandlung